

Bäuerliche entschieden Abstimmungskrimi

Wenn die Medien schon stärker gefördert werden sollen, will das Parlament nicht nur Tageszeitungen berücksichtigen, sondern auch Fachpublikationen aller Art. Davon profitiert auch die Agrarpresse. Es gab aber auch Kritik.

DANIEL SALZMANN

Der Nationalrat hat am Dienstagmorgen die indirekte Presseförderung ausgebaut. Insbesondere hat er zusätzlich 40 Millionen für die Früh- und Sonntagszustellung beschlossen. Zudem hat er die Beiträge an die Ermässigung der Zustellertarife von 30 auf 50 Millionen Franken erhöht. Von den zusätzlich ins Postgesetz aufgenommenen ermässigten Zustellertarifen der Post profitieren nach wie vor nur abonnierte und bezahlte Medien. Eine Ausdehnung auf alle Titel, also auch Gratismedien, lehnte der Rat ab. Auflagen- und Kopfblattkriterium werden jedoch aufgehoben.

«Wichtig für Meinungen»

Gutgeheissen hat der Nationalrat im Rahmen der Beratungen des Massnahmenpakets zugunsten der Medien eine Erhöhung des Beitrags an die Mitgliedschafts- und Stiftungspresse von 20 auf 30 Millionen Franken. Davon profitieren Landwirtschaftsmedien wie der



Via indirekte Presseförderung ist die Schweizer Post gezwungen, die Zustellung abonyierter Zeitungen und Magazine zu fairen Preisen vorzunehmen. (Bild: key)

«Schweizer Bauer», die «Bergheimat-Nachrichten», «bio aktuell», der «Thurgauer Bauer» oder das Magazin «Wald & Holz», aber auch Publikationen der reformierten und katholischen Kirche, der Sportverbände, der Wirtschaftsverbände, von NGOs (z. B. Pro Natura, Caritas, Berghilfe). Nationalrat Martin Candinas (Mitte, GR) attestierte dieser Presse, sie sei für die Meinungsbildung ebenfalls von grosser Bedeutung. Die vorberatende Kommission des Nationalrats hatte bei 20 Millionen bleiben wollen, während sie überall sonst aufstocken wollte.

Haab, Gafner, von Siebenthal

Es kam dabei zu einem wahren Abstimmungskrimi. Zuerst

lehnte der Nationalrat die Anträge von Nationalrätin Isabelle Pasquier-Eichenberger (Grüne, GE) und von Nationalrat Fabio Regazzi (Mitte, TI), dem Präsidenten des Schweizerischen Gewerbeverbands, für 30 Millionen Franken mit 95 zu 82 Stimmen ab. Dann stellte Regazzi einen Rückkommensantrag und bekannte, dass er selbst vorher anders gestimmt habe, als er gewollt habe, auch hätten viele nicht abstimmen können. Tatsächlich wurde dann ein zweites Mal abgestimmt, und jetzt ergab sich mit 97 zu 96 Stimmen eine hauchdünne Mehrheit. Der Hauptteil der Ja-Stimmen kam von der SP (37), den Grünen (30) und von der Mitte (24), unter anderem von Markus Rit-

ter (SG), Priska Wismer-Felder (LU), Christine Bulliard-Marbach (FR). Aber auch die SVP-Fraktion lieferte 4 Stimmen, und neben Christian Imark (SVP, SO) waren es drei Landwirte: Martin Haab (ZH), Erich von Siebenthal (SVP, BE) und Andreas Gafner (EDU, BE). Die FDP lieferte 2 Ja-Stimmen, und 2 enthielten sich, Agronom Jacques Bourgeois (FR) und Olivier Feller (VD). Im Ständerat war es mit Bauernsohn und Agronom Werner Salzmann (SVP, BE) auch bereits ein landwirtschaftsnahe Politiker gewesen, der sich massgeblich für 30 Millionen Franken ausgesprochen hatte, weil man nicht nur alle anderen Publikationen zusätzlich fördern könne und die-

se nicht. In der Debatte gab es auch grundsätzliche Äusserungen.

Kritik von liberaler Seite

So fragte Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP, BE) etwa, ob mit dem zunehmenden Ausbau der staatlichen Förderung die vierte Gewalt, also die Medien, jene Hand noch beissen werde, die sie füttere. Gregor Rutz (SVP, ZH) stemmte sich vergeblich gegen die «Zahlrahmenlogik» der Ratsmehrheit und fragte rhetorisch: «Soll am Ende jener gewinnen, der am meisten staatliche Subventionen abholt?» Er plädierte gegen einen weiteren Ausbau der indirekten Presseförderung und sprach dabei von «Planwirtschaft». Matthias Aebischer (SP, BE) entgegnete, das Medienpaket sei die richtige Antwort auf die derzeitigen Herausforderungen. Was bezahlt werde, solle unterstützt werden. Ein Paradigmenwechsel sei der falsche Weg, wenn man die Vielfalt der Schweizer Medienlandschaft nur einigermaßen bewahren wolle. Die Grünliberalen wiederum blieben mit ihren Anträgen gegen den «Ausbau des Druckereimuseums» chancenlos. Es brauche eine Vorwärtsstrategie mit Bandbreite, nicht mit Druckerschwärze, sagte Katja Christ (GLP, BS). So werde die digitale Transformation nicht unterstützt.

Mit Material der SDA